



# Beitragsfreies Kita-Jahr soll reibungslos kommen

### Erster Teil des Gesetzes über die Neuregelung der Kindertagesbetreuung beschlossen

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 29. September gegen die Stimmen der CDU und der AfD den Teil I des Thüringer Gesetzes über die Neuregelung der Kindertagesbetreuung beschlossen. Damit wurde die Erhebung von Daten auf den Weg gebracht, denn zur praktischen Vorbereitung des beitragsfreien Kita-Jahres müssen die Kommunen die erforderlichen Daten, wie Kinderzahlen und derzeit geltende Kita-Gebühren, an das zuständige Ministerium liefern.

In der Debatte hatte der Bildungspolitiker der Linksfraktion Torsten Wolf betont: „Das beitragsfreie Kita-Jahr ist ein Schritt hin zu einer vollständigen gebührenfreien Bildung in Thüringen und in Deutschland. Ich will nur noch mal daran erinnern, dass zum Beispiel das Land Hessen jetzt diesen Weg geht – auch unter einer völlig anderen Farbkombination –, Verbesserungen im Bereich frühkindlicher Bildung, aber eben auch Beitragsfreiheit für Eltern, einzuführen. Wir sind da in einem deutschlandweiten Geleitzug.“

Die CDU allerdings wolle Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserung gegeneinander ausspielen und sage – anders als noch vor drei Jahren –, das mit der Beitragsfreiheit sei ihr nicht so wichtig. Aber, so Torsten Wolf weiter, „uns ist das wichtig. Den Thüringer Eltern ist es wichtig, dort entlastet zu werden im Umfang von 1.440 Euro im Jahr. Das ist für die Familien viel Geld,

und zwar gut angelegtes Geld“. Mit dem Beschluss über die Regelung zur rechtzeitigen Schaffung der notwendigen Datengrundlage werden „die Voraussetzungen geschaffen für die sofortige reibungslose Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres ab dem 1. Januar 2018. Und ich sage es hier ganz deutlich: Wir schaffen heute die Rechtsgrundlage für die Eltern in Thüringen, dass sie sich darauf verlassen können, dass es am 1.1.2018 das beitragsfreie Kita-Jahr als letztes Kita-Jahr gibt. Das ist nicht nur mehr ein Versprechen, sondern ab heute wird das ganz konkret“, unterstrich der LINKE-Abgeordnete.

### „Die CDU will die Beitragsfreiheit verhindern“

Wenn allerdings „eine CDU-Fraktion im Bildungsausschuss keine inhaltliche Diskussion führen will, sondern nur reine Formalien anbringt, die dazu ge-

nutzt werden sollen, den Gesetzesvorschlag der Regierungsfractionen hinauszuschieben, dann ist das ein Armutzeugnis. Und das wird von den Eltern in Thüringen genauso wahrgenommen. Die CDU will die Beitragsfreiheit verhindern“, so Torsten Wolf.

Freilich wird ihr das nicht gelingen, denn wie auch Ministerpräsident Bodo Ramelow sowie Bildungsminister Helmut Holter in der Plenardebatte sehr zum Verdruss der CDU betonten: „Die politische Mehrheit setzt ihre Ziele um.“

Und wörtlich an die Adresse der CDU-Fraktion (aus dem Plenarprotokoll der Rede von Minister Helmut Holter): „Sie sind doch gescheitert. Na klar! Und das Familiengeld, das wird einkassiert, um auch tatsächlich das beitragsfreie Kita-Jahr zu finanzieren, weil wir der Überzeugung sind, dass es besser ist, die Kinder in einer sozialen Einrichtung wie der Kita zu bilden und auf Schule und das Leben vorzubereiten.“

Auf einen Zwischenruf der CDU-Abgeordneten Beate Meißner („Das haben Sie doch nicht zu entscheiden!“) sagte der Minister: „Dass Sie sich darüber ärgern, dass Ihr Programm gestrichen wurde, das kann ich nachvollziehen. Aber das ist das Los von Politik, wenn man aus der Regierung in die Opposition geht.“



## AKTUELL

### Personalvertretungsgesetz wird novelliert

Das federführende Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hat den Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes dem Kabinett zur ersten Lesung vorgelegt. Dazu erklärte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Mit dem Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes macht sich die Landesregierung auf den Weg, die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen in Thüringen weiterzuentwickeln und zu verbessern.“

Einige grundsätzliche Regelungen, wie die Verlängerung der Amtszeit auf fünf Jahre, ein Initiativrecht von Per-

sonalräten auch in Personalfragen und die Möglichkeit, in Arbeitsgruppen, die sich mit Strukturveränderungen befassen, mitzuwirken, sind zu begrüßen“, sagte Rainer Kräuter. Dies seien „im Sinne eines zukunftsorientierten Personalvertretungsrechts Schritte in die richtige Richtung.“

### Mitbestimmung der Personalvertretungen in allen Angelegenheiten

Festzustellen sei aber in diesem Zusammenhang auch, dass die Umsetzung der durch die Gewerkschaften aufgezeigten notwendigen Veränderungen des Gesetzes nicht in dem Maße erfolgte, wie dies von den Gewerkschaften erwartet wurde. Dazu der LINKE Gewerkschaftspolitiker weiter:

„Nunmehr sehe ich dem Beteiligungsverfahren erwartungsvoll entgegen. Dabei gehe ich davon aus, dass die Gewerkschaften und Verbände ihre Positionen gegenüber der Landesregierung nochmals deutlich machen, bevor der Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren beraten und gegebenenfalls mit Änderungen abschließend verabschiedet wird.“

Bereits in der vorangegangenen Wahlperiode hat die Fraktion DIE LINKE in einem eigenen Gesetzentwurf zum Thüringer Personalvertretungsgesetz eingefordert, dass die Personalvertretungen nach Maßgabe dieses Gesetzes in allen Angelegenheiten und Maßnahmen auch für die in der Dienststelle tätigen Beschäftigten mitbestimmen. An dieser grundsätzlichen Position hält die Fraktion fest.

## KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

### Fachkräfte entwickeln

Thüringen hat keinen Fachkräftemangel, aber einen Fachkräftebedarf in verschiedenen Berufen, wie in der Pflegebranche oder auch in bestimmten Handwerksberufen.

Deshalb ist ein wirksamer Beitrag zur Fachkräftesicherung eine zielgerichtete und am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtete Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitslosen und gering qualifizierten Beschäftigten. Mehr als 17.000 Arbeitslose in Thüringen sind derzeit ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. 55.035 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte besitzen keinen beruflichen Ausbildungsabschluss.

Die Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräftegewinnung, bestehend aus Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Politik, soll Thüringen in Sachen Fachkräfteentwicklung zukunftsfest machen und möglichen Defiziten entgegenwirken. Als Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion möchte ich gern Genaueres zu den erreichten Ergebnissen wissen und bereite einen parlamentarischen Antrag vor. Die Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie auf meine Kleine Anfrage zur Unterstützung der Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitslosen und geringqualifizierten Beschäftigten in Thüringen (DS 6/4487) hat leider einiges offen gelassen. So konnten keine differenzierten Angaben zum Erwerb verschiedener beruflicher Abschlüsse gemacht werden, wie beispielsweise bei den Pflegefachkräften.

Gute Bildung, Ausbildung und bessere Bedingungen für lebenslanges Lernen sind die Voraussetzungen dafür, dem Fachkräftebedarf besser entsprechen zu können. Das ist zunächst eine Aufgabe der Unternehmen, die die Politik wirksam unterstützen muss. Besonders die vielen Thüringer Kleinbetriebe brauchen mehr Möglichkeiten und Angebote. Die Wirksamkeit des umfangreichen Mitteleinsatzes sollte stärker in den Fokus rücken.

Für Qualifizierung und Weiterbildung wurden allein in den letzten drei Jahren in Thüringen 8,819 Millionen Euro im Rahmen der Weiterbildungsrichtlinie aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert. Hinzu kamen Landesmittel in Höhe von 363.000 Euro. Attraktive Arbeit heißt aber auch, gute, tarifgerechte Entlohnung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, übrigens für Frauen und Männer.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

„Bei allen sichtbaren Fortschritten und dem Gewinn an Freiheit und Demokratie, geht noch immer ein Riss durchs Land, kann auch von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland nicht gesprochen werden“, hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion und der Landespartei DIE LINKE, zum 27. Jahrestag der deutschen Einheit konstatiert.

„Weiterhin wird Ostdeutschland strukturell benachteiligt. Ausdruck dafür sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, niedrigere Löhne, geringere Rentenwerte, und das noch bis 2025. Die Enttäuschung vieler Menschen ist gewachsen, ihre Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Situation führt bis zu Demokratieverdrossenheit und ist ein Nährboden für rechte Populisten mit ihrem Hass und ihrer Hetze.“

Die LINKE-Landespolitikerin unterstrich die Notwendigkeit eines breiten gesellschaftlichen Eintretens für die Demokratie und die Verteidigung errungener Freiheiten und Fortschritte. Dabei stehe die LINKE an der Seite aller demokratischen Kräfte im Land. „Wir werden nicht nachlassen, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu streiten, so wie Rot-Rot-Grün alles daran setzt, die soziale Lage, die Lebens-, Arbeits- und Bildungssituation der Menschen spürbar zu verbessern und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern.“

### LINKE hinterfragt Standortschließung

Der US-Getränkekonzern Coca-Cola hat angekündigt, seinen Standort in Weimar schließen zu wollen: Produktion und Verwaltung sollen zum 1. März 2018 eingestellt werden. Von den Veränderungen betroffen sind 178 von 223 Arbeitsplätzen. Dazu erklärte Dieter Hausold, Sprecher für Wirtschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Diese Entscheidung des US-Konzerns, die wir sehr kritisch hinterfragen und die so nicht hingenommen werden kann, lässt die Betroffenen nun vor einer ungewissen Zukunft stehen. Daher ist es gut, dass sich der Thüringer Wirtschaftsminister schnell einschaltet und die Gespräche mit der Geschäftsführung sowie dem Betriebsrat von Coca Cola European Partners Deutschland GmbH aufnimmt. Die Linksfraktion unterstützt das Bestreben, die Hängepartie für die Beschäftigten schnellstmöglich zu beenden und für eine dauerhafte Perspektive des Standortes zu sorgen.“

# Mehr Demokratie gegen soziale Ungleichheit

**MdL Anja Müller: „Es ist an der Zeit, das Finanz-Tabu endlich abzuschaffen“**

**Eine Debatte über mehr Mitbestimmung und Demokratie sowie über die Spaltungen in der Gesellschaft hält Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, mit Blick auf die Ergebnisse der Bundestagswahl für notwendig.**

Sie kritisierte die durch die Thüringer CDU gegen die rot-rot-grüne Landesregierung vorgenommene parteipolitische Instrumentalisierung von Forderungen nach mehr Demokratie und betonte: „Es ist an der Zeit, das Finanz-Tabu endlich abzuschaffen.“

Die Bundestagswahl habe „den Zustand der deutschen Gesellschaft deutlich gemacht. In einigen Fragen ist sie offenbar tief gespalten und polarisiert wie nie, zum Beispiel im Umgang mit Einwanderung“.

Anja Müller weiter: „Andere wichtige Fragen, die ebenfalls unsere Gesellschaft spalten und das Leben der Mehrheit der Menschen jeden Tag mitbestimmen, spielten dagegen in den Debatten des Wahlkampfes und den Wahlentscheidungen eine viel geringere Rolle, zum Beispiel Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Renten-Ungerechtigkeit, bestehende Ungleichheiten

zwischen Ost und West, die Zukunft der Pflege oder die Forderung nach mehr Mitbestimmung und Demokratie. Zudem hat die gestiegene Wahlbeteiligung gezeigt, dass mehr Menschen über den Kurs und die Zukunft der Gesellschaft mitentscheiden wollen. Das Aussitzen von Problemen wurde abgestraft.“

Die Wahlergebnisse haben klargemacht: Wir müssen über soziale und

Landesregierung getan hat. Denn das macht Politik unglaubwürdig und schadet der Demokratie. Wer wirklich und glaubwürdig mehr Demokratie will, muss nun gemeinsam mit uns das Finanz-Tabu abschaffen.“

Um über die vielen offenen Fragen aus der Bundestagswahl, die Polarisierung der Gesellschaft und soziale und demokratische Ausgrenzungen nachzudenken und zu diskutieren lädt die Fraktion DIE LINKE zu einer Tagung zum Thema „Wahlen und Abstimmungen als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen“ am Mittwoch, 25. Oktober, von 15 bis 19 Uhr, in den Landtag nach Erfurt, Käte-Dunker-Saal (Raum F 201) ein.

Mit Beiträgen u.a. von Prof. Dr. Hermann Heußner (Hochschule Osnabrück), Horst Kahrs (Rosa-Luxemburg Stiftung, Berlin), Dr. Michael Efler (Bundesvorstand Mehr Demokratie e.V. und Mitglied des Abgeordnetenhaus Berlin) ist eine spannende Veranstaltung zu erwarten.

Mehr Informationen und Anmeldung unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Informations- / Diskussionsveranstaltung

## Kein Bock auf Wahlen?

politische Ungleichheiten und den Zusammenhang von sozialer Lage, Wahlverhalten und demokratischer Stabilität nachdenken. Dazu gehört auch, die Forderung nach mehr Demokratie endlich durch die Abschaffung des Finanz-Tabus für Volksbegehren in der Thüringer Verfassung fest zu verankern und das Thema nicht für parteipolitische Zwecke zu instrumentalisieren, wie es die CDU zuletzt gegen die rot-rot-grüne

## Erfurter Vernetzungstreffen von LINKE-Petitionspolitikern

**Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag fand am 13. Oktober in Erfurt das erste Bundes-Vernetzungstreffen von LINKE-Petitionspolitikerinnen und -Petitionspolitikern statt. Eingeladen waren alle Sprecherinnen und Sprecher der Landtage, in denen DIE LINKE vertreten ist.**

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion, sowie von Anja Müller, Fraktions-sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung.

Im Mittelpunkt der fünfstündigen Beratung stand der konstruktive Austausch über die Arbeit im Bereich Petitionswesen, bei dem es um die Bearbeitung und Beantwortung von Bitten und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern geht.

Dabei stellte sich heraus, dass die Landtage komplett unterschiedliche Herangehensweisen haben. Dies spie-

gelt sich in den verschiedenen Petitionsgesetzen und Geschäftsordnungen wider. Weiterhin standen der Umgang mit freien Petitionsplattformen wie [openPetition.de](http://openPetition.de), die Öffentlichkeitsarbeit und der Erfahrungsaustausch, auch was die Unterschiede in der Ar-

ser in die Öffentlichkeit getragen werden können. Die Teilnehmenden nahmen viele unterschiedliche Gesichtspunkte aus der Arbeit aus anderen Bundesländern mit, dazu gehörten auch nützliche Tipps und praktische Hinweise.



Die Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag danken den Gästen für den konstruktiven Austausch und freuen sich auf ein weiteres Treffen 2018 in Berlin oder Brandenburg.

Karsten Melang  
Foto: Peter Lahn

# Zur Überwachung der Telekommunikation

**Steffen Dittes: Bedingungen sind besserer Datenschutz und parlamentarische Kontrolle**

Der Thüringer Landtag hat in seiner Beratung am 29. September dem Staatsvertrag zum geplanten Zentrum zur Telekommunikationsüberwachung (GKDZ, Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung) in einem Fünfländer-Verband seine Zustimmung gegeben. Dazu erklärte der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Steffen Dittes:

„Die rot-rot-grüne Koalition zeigt, dass sie für eine bürgerrechtsorientierte Sicherheitspolitik steht, die die Sicherheitsbedürfnisse und Schutz- und Grundrechte sorgfältig abwägt. Statt die Errichtung der geplanten Anstalt ‚durchzuwinken‘, haben die Koalitionsfraktionen parallel zum Staatsvertrag mit einem Entschließungsantrag inhaltliche und formale Leitplanken eingezogen.“

Dazu zählen die Stärkung des Datenschutzes und der technischen Sicherheit, die Gewährleistung, dass Daten nach Ländern getrennt sein müssen, der Ausbau der parlamentarischen Kontrolle und die Bedingung, dass es keine Ausweitung auf neue Befugnisse geben darf. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen müssen dem Innenausschuss des Thüringer Landtages vorgestellt werden, ehe ein solches Zentrum 2019 in Sachsen in Betrieb gehen darf.

## Verfassungsschutz muss draußen bleiben

In der Landtagsdebatte hatte Steffen Dittes u.a. deutlich gemacht, warum neben der gesetzlichen Grundlage Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung auch von praktischer Relevanz für die Polizei sind. Er verwies auf Ermittlungen zur Organisierten Kriminalität und auf die Verhinderung von

Anschlägen durch Neonazis. Zugleich hatte er auf die Risiken des damit einhergehenden tiefen Grundrechteingriffs aufmerksam gemacht. Der Abgeordnete erinnerte in diesem Zusammenhang an die millionenfache Handyüberwachung bei Anti-Nazi-Protesten in Dresden, die später für rechtswidrig



erklärt wurde, oder die in diesem Jahr bekannt gewordenen haltlosen Überwachungen im Umfeld der Leipziger Fußballszene, bei der auch Journalisten, Ärzte, Anwälte und Sozialarbeiter ins Visier geraten sind.

Das TKÜ-Zentrum wird nur technische Hilfstätigkeiten übernehmen. Vollzugspolizeiliche Aufgaben und die Auswertungen von Daten bleiben bei der Polizei der Länder. Steffen Dittes machte aber im Parlament weitere Bedenken der LINKEN klar: „In der Vergangenheit war immer wieder zu beobachten, dass neu geschaffene technische Möglichkeiten Begehrlichkeiten wecken, immer weiter in Grundrechte einzugreifen und Rechtsgrundlagen entsprechend auszudehnen. Dass auch der Thüringer Verfassungsschutzpräsident eine Anbindung des Geheimdienstes an das TKÜ-Zentrum öffent-

lich forderte, bevor der Staatsvertrag von den Innenministern unterzeichnet wurde, macht dieses Spannungsfeld deutlich. Wir stellen uns dieser Ausweitung entgegen, denn für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind Polizei und Staatsanwaltschaft zuständig. Insofern ist es richtig, dass der Thüringer Landtag diesem Bestreben nunmehr per Beschluss einen Riegel vorgeschoben hat und der Verfassungsschutz draußen bleiben muss.“

Die Koalitionsfraktionen haben die Landesregierung gebeten, darauf hinzuwirken, dass vor Inbetriebnahme der Anstalt ein Konzept zur Umsetzung des Kernbereichsschutzes privater Lebensgestaltung erarbeitet wird und in den Aufbau der Anstalt einfließt, bei der auch der Schutz der Berufsgeheimnisträger gewährleistet werden soll. Ebenso sollen Dokumentationspflichten in der Anstalt eingeführt und die Voraussetzungen geschaffen werden, dass auch Abgeordnete Betretungs- und Akteneinsichtsrechte erhalten. Um die Transparenz zu stärken, soll zudem eine Dokumentationslücke geschlossen werden: Bisher wird der Thüringer Landtag nur über präventive TKÜ-Maßnahmen nach Landespolizeiaufgabengesetz informiert, mit Errichtung des TKÜ-Zentrums sollen auch die Zahl, Umfang und Dauer aller Thüringer Abhörmaßnahmen nach der Strafprozessordnung erhoben und einmal jährlich an den Landtag übermittelt werden.

Foto: Steffen Dittes bei einer Fraktionssitzung

## Wintertourismus

Der Landtag hat in seiner Septembersitzung einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, bei dem es darum geht, dass die Wintertourismusregionen in Thüringen im Rahmen eines ganzheitlichen Tourismusangebots für das ganze Jahr gestärkt werden. Nach einer ausgiebigen Befassung im Wirtschaftsausschuss haben sich die Fraktionen von Rot-Rot-Grün auf einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog für die Wintertourismusregionen verständigt. „Wir setzen dabei den Fokus auf ein funktionierendes Ganzjahresangebot, das die Winterabhängigkeit reduziert. Wir wollen das Wintersportzentrum Thüringer Wald zum ganzjährigen Tourismusmagneten entwickeln“, betonte Knut Korschewsky (LINKE).

## Mehrfachjobber

Wie der MDR Thüringen unter Berufung auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit meldete, sind immer mehr Menschen im Freistaat auf mehrere Jobs angewiesen. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Mehrfachbeschäftigten kontinuierlich von 31.000 auf jetzt 44.000. Das ist eine Zunahme von knapp 30 Prozent.

Nach den Angaben müssen 34.000 Beschäftigte neben ihrer sozialversicherungspflichtigen Arbeit noch mindestens einen geringfügigen Job annehmen. 6.400 Beschäftigte haben mindestens zwei sozialversicherungspflichtige Jobs. Mehr als 4.000 Menschen üben zwei geringfügige Beschäftigungen aus. Bundesweit sind die Zahlen ähnlich.

## Hartz-IV-Bezieher

Wie die Landesarbeitsagentur informierte, ist die Zahl der Hartz-IV-Bezieher in Thüringen spürbar gesunken. Im Frühjahr erhielten rund 157.000 Menschen Hartz IV, fast 30.000 weniger als vor fünf Jahren. Damit reduzierte sich die Hartz-IV-Quote von über elf auf 9,5 Prozent, die niedrigste in Ostdeutschland. Die Stadt Gera hat in Thüringen den höchsten Anteil mit 16,8 Prozent der Bewohner, die Hartz IV beziehen. Den zweithöchsten Anteil hat der Landkreis Altenburger Land mit 13,5 Prozent, an dritter Stelle liegt die Stadt Erfurt mit 13,1 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren. Dagegen weist laut Arbeitsagentur der Kreis Hildburghausen mit 4,8 Prozent die niedrigste Quote aus.

## VON A BIS Z:

### Welternährungstag

Zum Welternährungstag am 16. Oktober hatte Diana Skibbe, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, gesagt: „Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht. Derzeit hungern 800 Millionen Menschen. Die Hälfte der Weltbevölkerung ist fehlernährt. Zugleich steigt die Anzahl an übergewichtigen Menschen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Folgen des Klimawandels und der Rückgang der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen haben die Situation in den Entwicklungsländern dramatisch verschärft. Die Entwicklungshilfe und die Hilfsprogramme der internationalen Staatengemeinschaft müssen gestärkt werden. Wir brauchen endlich eine am Menschen orientierte Entwicklungspolitik.“

Im Gegensatz zu Unterernährung ist die qualitative Mangelernährung auf eine Fehlernährung zurückzuführen. Die Menschen leiden an einer Unterversorgung an lebenswichtigen Vitaminen und Nährstoffen. Diana Skibbe spricht sich für regionale, gesunde und qualitativ hochwertige Verpflegung insbesondere in Schulen und Kindertagesstätten aus und betont: „Wir müssen die politischen Weichen stellen für eine ausreichende und ausgewogene Ernährung aller Menschen und dazu eine bildungspolitische Offensive starten. Zudem muss eine Stärkung des regionalen Kreislaufs mit Blick auf Ressourcenschonung erfolgen und das Bewusstsein für saisonale und unbehandelte Produkte erhöht werden.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt von Mittwoch, den 1. November, bis Freitag, den 3. November, sowie von Mittwoch, den 13. Dezember, bis Freitag, den 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## KURZ UND PRÄGNANT

### Bericht Verfassungsschutz: Kaum Neues

Zum Thüringer Verfassungsschutzbericht für 2016 erklärte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Wir erkennen an, dass er sich von denen der vergangenen Jahre abhebt und sowohl in Struktur und erklärenden Ansätzen verbessert hat. Andererseits enthält er nichts Neues und greift auf lange veröffentlichte Informationen von Polizei, Journalisten, antifaschistischen Gruppen und Zivilgesellschaft zurück. So wird ausführlich über Straftaten gegen eine AfD-Politikerin berichtet, jedoch über Übergriffe gegen LINKE, SPD und CDU mit keinem einzigen Wort. Dabei gab es viele Fälle, wie einen Sprengmittelanschlag in Saalfeld, Attacken in Eisenach und Altenburg oder ein von der Neonazi-Szene verbreiteter Mordaufruf in Liedform gegen eine LINKE-Landtagsabgeordnete.“

Obwohl zwei Drittel aller politisch motivierten Straftaten dem rechten Bereich zugeordnet werden, werden im Phänomenbereich ‚Linksextremismus‘ allein 14 konkrete Fälle über mehrere Seiten ausgeführt, im Bereich Rechtsextremismus mit über 1.570 Straftaten und einen massiven Anstieg der Gewaltdelikte um 40 Prozent findet sich eine vergleichbare Darstellung aber nicht. Auch, dass etwa die ‚Rote Hilfe‘ nach wie vor Erwähnung finde, der zur Last gelegt werde, dass sie das strafprozessuale Recht der Aussageverweigerung offensiv bewerbe, Übertretungen des Rechtsstaates kritisiere und Beratungen zur Rechtslage in Form von Vorträgen und Publikationen durchführe, treffe auf die deutliche Kritik der Fraktion DIE LINKE.

Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus: „Zwar um Jahre verspätet aber immerhin beleuchtet der Verfassungsschutz nun auch das Thema Neue Rechte. Beschämend ist jedoch, dass der Geheimdienst an dem Punkt fast vollständig von der Bundeszentrale für politische Bildung abschreibt und zu keiner eigenständigen Analyse fähig ist. Vor dem Hintergrund der in Thüringen aktiven und relevanten Strukturen, wie Identitäre Bewegung, Ein-Prozent-Bewegung oder Gruppen wie ‚Bürger für Erfurt‘, ist dies in Zeiten des Rechtsrucks fatal. Hier zeigt sich erneut, dass Entwicklungen der rechten Szene besser und transparenter durch zivilgesellschaftliche Organisationen dargestellt und analysiert werden.“ Thüringen gilt als Hochburg von RechtsRock-Veranstaltungen, der Thüringer Verfassungsschutz erkennt dies allerdings nur partiell. Während MOBIT 50 extrem rechte Musikveranstaltungen für das Jahr 2016 auflistet, benennt der Verfassungsschutz nur 24. ■

# Verbandsgemeinde als drittes Gemeindemodell

Es werden erhebliche Effizienzgewinne erwartet/von MdL Frank Kuschel

**LINKE, SPD und Grüne haben sich darauf verständigt, dass in Thüringen ein drittes Gemeindemodell, die Verbandsgemeinde, eingeführt werden soll. Dazu werden zurzeit die Gemeinden angehört. Bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2016 hatte die LINKE die Verbandsgemeinde in die Diskussion gebracht, um so die im Leitbild für die Verwaltungs- und Gebietsreform vorgesehene Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften attraktiver zu gestalten.**

Innerhalb der Koalition war jedoch eine Einigung zu diesem Modell nicht möglich. Als Kompromiss wurde die „Große Landgemeinde“ vorgeschlagen. Dies wurde jedoch von den Gemeinden als Alternative nicht angenommen. Auch gab es seitens der Reformkritiker, insbesondere der AG „Selbstverwaltung“, keine Bereitschaft, die Landgemeinde zu akzeptieren. Sie wollen keine Änderung und somit auch den Bestand der 69 Verwaltungsgemeinschaften mit rund 600 Gemeinden beibehalten.

Die ersten Reaktionen aus den Gemeinden zum Verbandsgemeindemodell sind sehr unterschiedlich. Es gibt zahlreiche Zustimmungen aber auch Ablehnungen und zwar in zweierlei Hinsicht: Einige Gemeinden wollen die Verwaltungsgemeinschaften so erhalten wie sie derzeit sind. Andere Gemeinden wollen bei einer Neugliederung keine „Zwischenlösungen“, die die Verbandsgemeinde darstellt, sondern gleich das Modell der Einheits- bzw. Landgemeinde anstreben. Diese

besteht aus juristisch selbstständigen Gemeinden, die wiederum Ortsteile bzw. Ortschaften haben können. Die selbstständigen Gemeinden und die Landgemeinde teilen sich die gemeindlichen Aufgaben. Die Verbandsgemeinden nehmen wie die gegenwärtigen Verwaltungsgemeinschaften alle Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches auch für die Mitgliedsgemeinden wahr. Dazu zählen u.a. das Melderecht, das Ordnungsrecht und das Umweltschutzrecht. Zudem ist die Verbandsgemeinde, wie bisher die Verwaltungsgemeinschaften, für die Mitgliedsgemeinden Behörde im eigenen Wirkungsbereich.

### Gesetzgebungsverfahren soll umgehend eingeleitet werden

Anders als bei den Verwaltungsgemeinschaften nimmt die Verbandsgemeinde auch zentrale Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches für die Mitgliedsgemeinden wahr. Dazu sollen zählen: Flächennutzungsplanung, Kindertagesstätten, Bauhöfe, Straßenbaulastträgerschaft einschließlich Winterdienst, Freiwillige Feuerwehren, Breitbandversorgung oder Gewässerunterhaltung. Es werden erhebliche Effizienzgewinne erwartet.

Die Verbandsgemeinde soll im Jahr 2035 mindestens 8.500 Einwohner haben. Für die Mitgliedsgemeinden gibt es keine Mindestgröße. Die Verbandsgemeinde soll nur als freiwillige Gemeindeneugliederung ermöglicht werden. Anträge können zunächst bis zum 31. März 2018 gestellt werden. Der hauptamtliche Verbandsgemeindebürgermeister und die Verbandsgemein-

deräte werden direkt von allen Wählerinnen und Wählern aus allen Mitgliedsgemeinden gewählt. Die ehrenamtlichen Bürgermeister und Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden sollen zudem wie bisher auch direkt in der jeweiligen Gemeinde gewählt werden können. Jede Mitgliedsgemeinde hat weiterhin das eigene Satzungs- und Haushaltsrecht, wenn auch nur noch für einen kleineren Aufgabenkatalog. Den ungedeckten Finanzbedarf für die Verbandsgemeinde müssen die Mitgliedsgemeinden über eine Umlage zahlen. Diese ist vergleichbar mit der Finanzierung der derzeitigen Verwaltungsgemeinschaften.

Zu beachten ist, dass auch die Verbandsgemeinde mindestens ein Grundzentrum haben muss. In Thüringen gibt es derzeit 76 Grundzentren. Zudem dürfen Verbandsgemeinden nicht als „Abwehrfusionen“ gegenüber den Mittel- und Oberzentren gebildet werden.

Wegen dieser Vorgaben können sich nur einige der bestehenden 69 Verwaltungsgemeinschaften zur Verbandsgemeinde umwandeln. Im Regelfall werden sich aber benachbarte Verwaltungsgemeinschaften und noch selbstständige Gemeinden zur Verbandsgemeinde zusammenschließen müssen.

Nachdem die jetzt laufende Anhörung der Gemeinden abgeschlossen ist, soll umgehend das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung der Verbandsgemeinde eingeleitet werden. Doch schon jetzt können sich Gemeinden entscheiden, ob sie dieses Modell nutzen wollen. ■

## NACHGEFRAGT bei Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin

**Kürzlich hatten die CDU-Abgeordneten eine Sitzung des Gleichstellungsausschusses, dessen Vorsitzende Sie sind, verlassen. Was ist passiert?**

Es ging um das Thema Kostenübernahme für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel für Frauen mit geringem Einkommen in Thüringen. Natürlich waren wir rot-rot-grünen Gleichstellungspolitikerinnen - also mit Birgit Pelke (SPD) und Babett Pfefferlein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - uns einig: Ein solches Verhalten ist vollkommen unakzeptabel, unangemessen und dem Thema nicht zuträglich.

**Wie hat die CDU ihren Boykott begründet?**

Der Gleichstellungspolitiker der Fraktion, Henry Worm, merkte an, dass die CDU-Abgeordneten deshalb den Ausschuss verlassen, weil sie der Auffassung seien, dass diese Thematik hier fehl am Platze sei. Für uns aber ist



dieses Verhalten vor allem Ausdruck von Frauenfeindlichkeit. Studien belegen, dass Frauen ihr Ver-

haltensverhalten mehr oder weniger zwangsläufig verändern, wenn das Geld knapp wird.

**Im Ausschuss wurde ein Projekt vorgestellt. Wie funktioniert es?**

Die Organisation Pro Familia hat über ihr Modellprojekt (biko), das zunächst bis zum Jahr 2019 angelegt ist, informiert. Es wird in Erfurt und in der Außenstelle Artern erstmals angeboten und hat das Ziel, Mädchen und Frauen einen freien Zugang auf individuell angepasste und zuverlässige Verhütungsmethoden zu gewährleisten.

Erstmals seit vielen Jahren wird so ermöglicht, Frauen mit geringen finan-

ziellen Möglichkeiten auch perspektivisch einen sicheren Verhütungsschutz anzubieten. Damit wird vor allem auch die Selbstbestimmtheit der Frauen gestärkt. Das ist richtig und wichtig. Und hat natürlich etwas mit Gleichstellung zu tun.

**Wie wirksam ist das Projekt?**

In den zurückliegenden Monaten haben in Erfurt und in Artern mehr als 400 Frauen von den Angeboten Gebrauch gemacht. Durch weitere Öffentlichkeitsarbeit wird vor allem bei Studentinnen, bei Frauen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, aber auch über die Beratungsangebote der Kirchen und aller freien Träger, über dieses Projekt informiert.

Übrigens hat sich Thüringen einer Bundesratsinitiative von Niedersachsen angeschlossen, damit generell die Kosten für Verhütungsmittel für Frauen mit geringem Einkommen übernommen werden. ■

## DAS THEMA

# Nachwuchs für eine gute Schule sichern

Aus einer weiteren Landtagsdebatte zur Zukunft im Thüringer Bildungsbereich

Auch in der Landtagsdebatte am 28. September wurde wieder ausführlich über die Bildungspolitik diskutiert. Die Koalitionsfraktionen hatten einen Antrag mit dem Titel „Zukunft im Bildungsbereich gestalten – Nachwuchs für gute Schule sichern“ vorgelegt. Auch der CDU-Fraktion ging es mit ihrem Antrag um die Situation der Thüringer Lehramtsanwärter.

Zur Begründung des Koalitionsantrages hatte der LINKE-Bildungspolitiker Torsten Wolf gesprochen (Auszüge aus dem Plenarprotokoll): „Im Rahmen der Bundestagswahl wurden in den letzten Wochen viele Umfragen erhoben. Unter anderem wurde immer wieder gefragt, was den Menschen besonders wichtig war. Über allen Themen dominierte ein Fakt, nämlich: Den Menschen sind gleiche Bildungschancen für alle besonders wichtig. Nun wurde Thüringen erst wieder beschieden, nicht nur im Bereich der Investition und Bildung ganz vorn in der Bundesliga mitzuspielen, sondern aufgrund des besonderen Engagements der Lehrkräfte, Erzieherinnen und Schulleiter – nicht zu vergessen, die im Bereich Schulverwaltung und Lehrerbildung Tätigen – in den Vergleichsstudien hervorragend abzuschneiden.“

Wir als Politik setzen hier den Rahmen und geben die notwendigen Bedingungen. Alle Lehrer, Schüler und Eltern wissen mit der Vorlage des Abschlussberichts der Kommission „Zukunft Schule“, dass Rot-Rot-Grün die Signale auf die Schaffung der Voraussetzungen gestellt hat, dass die von uns zur Verfügung gestellten Ressourcen zur höchstmöglichen Unterrichtsabdeckung auch eingesetzt werden, dass der demografische Wandel in den

Lehrerzimmern aktiv gestaltet wird, dass ein Gesundheitsmanagement weiterentwickelt wird, damit die Lehrer gesund und engagiert ihren Dienst versehen, und dass Thüringen sich in den Schulstrukturen auf bundesweit vergleichbarem Level bewegt. Der von uns vorgelegte Antrag 'Zukunft im Bildungsbereich gestalten – Nachwuchs für gute Schule sichern' nimmt die Vorschläge der Expertenkommission des Ministerpräsidenten auf und präzisiert die ersten wichtigen Schritte hin zu einem Generationenwechsel in den Lehrerzimmern und einer Unterrichtsabdeckung. Wir greifen seitens der Gewerkschaften, Verbände und der Schulverwaltung lange bemängelte Hindernisse bei der Stellenbesetzung und Schulentwicklung auf und entwerfen mit unserem Antrag ein zukunftsfähiges Personalsystem im Bereich Schule, welches aber nie als abgeschlossen gelten kann, sondern immer der weiteren Entwicklung nach den gemachten Erfahrungen bedarf.“

In seiner Rede hatte Torsten Wolf u.a. auf den Doppelhaushalt 2018/2019 verwiesen und angekündigt: „Wir werden die veranlagten Entfristungen, Neueinstellungen und auch Versetzungen innerhalb des Systems dazu nutzen, die Schulen zu stärken und zu stabilisieren, sodass sie eine höchstmögliche Unterrichtsabsicherung sicherstellen können bei gegebenen Herausforderungen. Es ist trotz alledem immer noch richtig, dass die hohen Krankenstände nicht von heute auf morgen abgebaut werden können. Solange diese Krankenstände so sind und

solange wir die Schulstrukturen ohne die entsprechend korrespondierenden Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen haben, wäre es geradezu fahrlässig, wenn wir nicht auch in die Haushaltsdiskussion mit einbringen würden, als rot-rot-grüne Koalition, dass wir dort auch noch mal Handlungsbe-

Schülervertretungen, Elternvertreter und auch die kommunale Familie mit einbindet, um dann natürlich auch – damit werden wir uns im Bildungsausschuss beschäftigen – mit uns zusammen die entsprechenden Schritte zu beraten, die wir schlussfolgernd aus dem Kommissionsbericht gehen kön-



darf sehen.“ Außerdem betonte der LINKE-Abgeordnete: „Mit dem Kommissionsbericht ‚Zukunft Schule‘ wurden wichtige Bereiche zur Stabilisierung und Weiterentwicklung von Schule in Thüringen beschrieben. Ich danke Minister Holter ausdrücklich, dass er in der Woche sechs seiner Amtszeit schon mit allen Schulleitern im Werkstattprozess gesprochen hat, sie intensiv mit eingebunden hat und dort auch die Erfahrung mit aufnimmt und jetzt auch die Gewerkschaften, Verbände,

nen. Das zeigt, Minister Holter kann eben nicht nur Brücken bauen, was sein eigentlicher Beruf ist, sondern er kann eben auch Bildungs-, Jugend- und Sportpolitik.“

Ausführlich hatte Bildungsminister Helmut Holter in der Debatte gesprochen und dabei auch gesagt: „Wenn Sie tatsächlich wollen, meine Damen und Herren der Opposition, dass Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter eine gute Zukunft in diesem Freistaat haben, wenn Sie wollen, dass junge Leute Lehramt studieren, dann fangen Sie doch nicht damit an, das Land schlechtzureden und die Probleme aufzutischen, dann erklären Sie doch, dass die Bildungslandschaft in Thüringen gut aufgestellt ist, dass alle Lehrerinnen und Lehrer, alle Schulleiterinnen und Schulleiter in diesem Freistaat sich engagieren für gute Schule unter schwierigen Bedingungen. Ich erlebe eine Lehrerschaft, die sich dafür einsetzt, dass die Kinder eine gute Schule absolvieren. Die Statistiken beweisen das. Einer der besten Abiturabschlüsse 2017 wird im Freistaat Thüringen erzielt. Bei internationalen Olympiaden holen junge Leute aus Thüringen Silber- und Bronzemedailen.“

Ich sage Ihnen: Wenn Sie wollen, dass junge Leute Lehramt studieren und Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen werden wollen, dann müssen Sie eine Einladung aussprechen. Was Sie machen, ist etwas anderes. Sie weisen den jungen Leuten die Tür, weil Sie Ihnen sagen, es lohnt sich nicht, nach Thüringen zu kommen, weil hier im Bildungssystem alles schlecht ist. Die Welt sieht ein bisschen anders aus, das will ich Ihnen sagen.“

## IQB-Studie zeigt Herausforderungen bei den Grundschulen

Zur am 13. Oktober vorgelegten Bildungsstudie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) stellte Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, fest: „Spitzenplätze im Bereich der Bildung sind keine Selbstläufer. Sie müssen täglich erkämpft und verteidigt werden.“

„Dazu leisten die Schulleiter, Grundschulpädagogen, Erzieherinnen und Inklusionslehrkräfte täglich ihr Bestes. Sie sollen von uns als politisch Verantwortliche auch beste Rahmenbedingungen erhalten. Die Herausforderungen sind durch die IQB-Studie klar benannt: erfolgreiche Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, bestmögliche Bedingungen im Bereich Inklusion, Lehrer-Aus- und -Weiterbildung und Absicherung bestehender Standards in der Lehrerversorgung.“

In den Schulen muss gewährleistet sein, dass Methoden und Konzepte sicher angewandt werden, die Lehr- und Lernmittel dafür rechtzeitig zur Verfügung stehen und Fachunterricht, z.B. in

Mathematik oder Musik, auch von Fachlehrern gehalten wird“, so Torsten Wolf weiter.

Die Ergebnisse der IQB-Studie zeigen die Herausforderungen, vor denen alle Länder stehen. Thüringen ist in nahezu allen gemessenen Bereichen zurückgefallen. So ist in der Jahrgangsstufe 4 im Bereich Lesen und im Bereich Zuhören eine Verschlechterung im Vergleich mit der Studie von 2011 festzustellen. Besonders im Bereich Orthographie, wo 50 Prozent der Schüler unterdurchschnittlich abgeschnitten haben, müssen die Bildungsverantwortlichen sich die Rahmenbedingungen genau ansehen. Auch im Bereich Mathematik haben die Thüringer Schülerinnen und Schüler leicht schlechter abgeschnitten.



Der Bildungspolitiker der Linksfraktion sagte abschließend: „Auch wenn Thüringen im deutschlandweiten Vergleich eine mittlere Position einnimmt, können die Ergebnisse nicht zufriedenstellen. Die möglichen Ursachen, wie die zunehmende soziale, sprachliche und kulturelle Heterogenität von Schülerinnen und Schülern und der steigende Unterrichtsausfall durch Langzeiterkrankung der Lehrkräfte, sollten im politischen Raum intensiv diskutiert werden, um die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Neben den bereits getroffenen Entscheidungen in der Koalition und den dazu im Landtag beschlossenen Anträgen zur Verbesserung der Flüchtlingskinderbeschulung und zur Nachwuchssicherung im Lehrerbereich werden die Koalitionsfraktionen in den Haushaltsberatungen ihren Schwerpunkt bei zusätzlichen Lehrerstellen zur Unterrichtsabsicherung und einem Schulbudget legen. Hier hat die Kommission „Zukunft Schule“ unter Staatskanzleiminister Prof. Hoff Vorschläge erarbeitet, die wir als Koalition auch mit den Haushaltsbeschlüssen nun umsetzen werden.“

# „Emilia, jetzt werde ich öfter Bus fahren“

Versprochen ist versprochen: Graffiti-Workshop mit dem Sprayer Max Kosta

Um die Problematik der Kinder- und Jugendarmut und deren konkrete Erscheinungsformen und Auswirkungen in Thüringen in den Fokus zu rücken, hatte die Linksfraktion im vergangenen Sommer zu einer zweiteiligen Veranstaltung eingeladen. Unter dem Titel „Einmal Teilhabe bitte!“ kamen einerseits durch den zuvor ausgeschriebenen Kreativwettbewerb Kinder und Jugendliche selbst zu Wort.

Auf der anderen Seite waren in einer öffentlichen Anhörung Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen aus der Kinder- und Jugendhilfe eingeladen, über ihre täglichen Erfahrungen zu berichten.

Wir hatten als Linksfraktion Kinder und Jugendliche in Thüringen aufgerufen, unter dem Motto „Wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann würde ich ...“ ihre Wünsche mittels Malen, Basteln, Dichten usw. darzustellen.

„Durch diesen Wettbewerb haben wir die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen – ihre Hoffnungen, Sehnsüchte und Träume – in den Thüringer Landtag geholt und auf unserer Fraktionsetage ausgestellt. Denn die eingereichten Werke waren nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für alle



eingereicht, welches sie für ihre große Schwester, die an Epilepsie leidet und eine mittelgradige Intelligenzmindering hat, als Geschenk zur Jugendweihe verfasst hatte:

## Meine Schwester

Manchmal ist es leicht  
Manchmal ist es schwer  
Manchmal denke ich,  
es geht nicht mehr.

Dir ist es nicht bewusst  
Du lebst in deiner Welt

Deshalb drück ich dich jetzt noch ein bisschen fester.

Gewonnen hatte Emilia einen Graffiti-Workshop mit Max Kosta, einen der bekanntesten Sprayer in Thüringen, für sich und ihre Freundinnen und Freunde. Dieses Versprechen lösten nun Kati Engel und Max Kosta ein. Emilias Mutter, Anja Krassulsky, hatte die Idee, den Workshop nachhaltig zu nutzen und damit die Bushaltestelle ihres Dorfes (Schmölln, Ortsteil der Gemeinde Hummelshain im Saale-Holzland-Kreis) zu verschönern. Gesagt, getan. Innerhalb von zwei Tagen gestalteten die Kinder mit Max Kosta das weiße, langweilige Bushäuschen bunt und einladend.

Das Fazit einer Teilnehmerin: „Emilia, jetzt werde ich öfter Bus fahren!“ bestätigt, dass es nicht nur allen Kindern riesigen Spaß gemacht hat, sondern das Ergebnis auch super gut gefällt.



Besucherinnen und Besucher des Landtages sichtbar, wie z. B. am Tag der offenen Tür im Juni“, erläuterte Kati Engel, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik.

Dabei betonte sie noch einmal ihr Credo: „Anstatt immer nur über junge Menschen zu reden, ist es endlich an der Zeit, sie selbst zu Wort kommen zu lassen.“ Und diese Gelegenheit wurde auch von vielen Kindern und Jugendlichen genutzt. Sie haben gemalt, gebastelt, gedichtet, gesungen – selbst ein richtiger kleiner Film wurde von einer Gruppe produziert. Die beeindruckendsten Werke wurden selbstverständlich ausgezeichnet.

Eine der PreisträgerInnen war Emilia, da ihre Arbeit herausstach. Emilia ist zehn Jahre alt und hatte ein Gedicht

Du lebst dein Leben so  
wie es dir gefällt.

Ich weiß nicht, warum du  
diese Krankheit hast  
Ich bin trotzdem froh,  
dich als Schwester zu haben  
Sonst hätt' ich was verpasst.

Ich wünsch mir für dich,  
dass du gesund bist  
Dass dies nicht so ist,  
ist richtiger Mist!

Wir bleiben Schwestern,  
ein Leben lang  
Ich bin für dich da, sei nicht bang.

Ich habe dich lieb,  
meine große Schwester

## Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

### Starke Nerven

Das beitragsfreie Kindergartenjahr in Thüringen ist auf einem guten Weg. Jetzt hat der Landtag die notwendigen „technischen“ Voraussetzungen beschlossen. Die Städte und Gemeinden müssen die genauen Daten aus den Kitas liefern, damit ab 1. Januar alles reibungslos vonstatten gehen kann.

Rot-Rot-Grün hält Wort, braucht aber starke Nerven. Denn selbst bei dieser ganz und gar unspektakulären und formalen Angelegenheit, die wohl früher im Landtag ohne Aussprache beschlossen worden wäre, gibt es vor allem seitens der CDU nur Destruktion.

Entsprechend heiß her ging es in dieser Plenardebatte am 29. September, die gespickt war mit Zwischenrufen aus den Fraktionsreihen. So ertönte während der Rede des LINKE-Abgeordneten Torsten Wolf zu seiner Feststellung, dass die CDU ja nur „die Beitragsfreiheit verhindern“ wolle ein „Das ist eine Lüge“ von der CDU-Abgeordneten Simone Schulze. Dazu rief Frank Kuschel (LINKE) nach einem Ordnungsruf, denn den habe er „gestern auch bekommen“.

„So ein Quatsch“ (Christian Tischner, CDU), „Sie haben ja keine Ahnung“ (Astrid Rothe-Beinlich, GRÜNE), „Frechheit“ (Ralf Kalich, LINKE) und „Ihr seid doch eine Chaostruppe“ (Maik Kowalleck, CDU) wurden dann vielleicht noch getoppt, wiederum von Frau Schulze aus der CDU-Fraktion, mit „So ein Schwachsinn“. Dabei hatte Torsten Wolf nur gesagt, dass Rot-Rot-Grün das Landeserziehungsgeld in die Beitragsfreiheit und in die Qualität der Kitas gebe „und nicht in eine Fernhalteprämie“.

Jedenfalls ist der Bildungspolitiker der Linksfraktion gespannt, „ob von der CDU in den nächsten Wochen außer Geschäftsordnungsdebatten und Winkelzügen noch Beiträge kommen, die mit dem Kinderstättensbereich auch inhaltlich irgendetwas zu tun haben“.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.